Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. . . Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. . . Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 107 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt 3,— Mk. durch die Boten 3,40, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 3,42 Mark. | Halver, Freitag, den 9. Mai 1919. | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | 19. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zur Hebung unseres **Ausfuhrhandels** wird ein **besonderes Reichskommissariat** errichtet.

* Da das Ruhrrevier infolge der **Streikunruhen** nicht in der Lage ist zu exportieren, hat **Holland** mit **Belgien** abgeschlossen.

* Das Reichsjustizministerium kündigt ein neues Strafgesetzbuch für das Reich an.

* Bei einem Angriff auf ein Münchener Gefängnis, in dem sie Spartakisten vermuteten, haben bayerische Soldaten 21 Personen getötet.

* In Pariser Kreisen erwartet man die Unterzeichnung des Friedensvertrages für Anfang Juni.

* Die Londoner „Times" veröffentlicht die wichtigsten Friedensbedingungen, die für Deutschland völlige Vernichtung bedeuten.

Außerordentliche Vollmachten.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Wir müssen wieder einmal mobil machen, es nützt alles nichts. Aber diesmal ist es der Reichssäckelmeister, der Alarm bläst, nicht der Kriegsminister oder der Große Generalstab. Er ruft auch nicht den Rest unserer wehrfähigen Jugend auf die Schanzen, sondern die Welt unserer Kaufleute, auf daß sie dem deutschen Volke helfen zu leben jetzt, wo die Not am größten wird. Die Regierung hat einen Reichskommissar zur Beschaffung der notwendigen Zahlungsmittel eingesetzt und ein Kollegium von drei Kabinettsministern mit ungewöhnlichen Vollmachten ausgestattet, so daß alle Schwierigkeiten, die sich entgegenstellen, durch einen einfachen Beschluß dieser Körperschaft beseitigt werden können. Hier stehen wir offenbar vor der ersten organisatorischen Tat des neuen Reichsfinanzministers, von der man nur wünschen kann, daß sie zum Ziele führen möge.

Es handelt sich um Fragen von der allergrößten Bedeutung. Die Finanzierung der ausländischen Lebensmittel muß unbedingt sichergestellt werden — aber wie? Unser Goldbestand ist bereits auf 1700 Millionen herabgesunken, gegen 2½ Milliarden im Kriege. Die Staaten, von denen wir die notwendigen Lebensmittel erhalten können, verlangen vorherige Bezahlung; sie geben also dem Deutschen Reiche keinen Kredit. Unsere Notenpresse interessiert sie natürlich nicht; solches Geld können wir nur für den inländischen Bedarf in Umlauf setzen. Mit der Auslieferung fremdländischer Wertpapiere sind sie eher einverstanden — kein Wunder. Da weiß man doch wie und wo. Es waren auch bei uns alle Maßnahmen getroffen, um rechtzeitig, d. h. bis zum 20. Mai von diesen Werten zusammenzubekommen, was man zum Ausgleich der Mairechnung brauchte. Aber da kam der Streik der Bankangestellten und machte durch diese Rechnung unserer Reichsschatzverwaltung einen dicken Strich, was diesen Kreisen vom deutschen Volke schließlich nicht vergessen werden sollte. Vielleicht daß, wenn der Zahlungstermin von unseren Lieferanten über den 20. Mai hinaus verlängert würde, hier noch einiges nachgeholt werden kann, aber das wird bestenfalls nur ein Notbehelf. Wenn wir nicht unser blankes Gold hergeben wollen, den letzten Wirtschaftsballast im Reichsschiff, dann bleiben nur Privatkredit und Warenausfuhr. Beides aber hat zur Voraussetzung die Befreiung unserer Geschäftswelt von den Fesseln der Zwangswirtschaft, die wir ihr während des Krieges auferlegt haben, vielfach wohl auch auferlegen mußten. Der Privatkredit unserer Unternehmer und Handelsherren ist heute im Auslande größer als die Kreditwürdigkeit des Reiches; also muß alles daran gesetzt werden, ihnen die frühere Bewegungsfreiheit zurückzugeben, damit unsere Warenausfuhr wieder in Gang kommt. Das Kabinett stimmt, so verkündete Herr Dernburg in der Dienstagsitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung, darin überein, daß dies mit den Fesseln, die dem Handel heute auferlegt sind, nicht geschehen kann. Deshalb sollen sie, unter voller Wahrung der inländischen und der industriellen Interessen, so weit beseitigt werden, daß der Ausfuhrhandel aus der Lethargie, in die er hineingeschmiedet war, erwachen kann. Das soll auch durch die Schaffung einer rasch und rücksichtslos arbeitenden Zentralinstanz ermöglicht werden, und dazu sollen die außerordentlichen Vollmachten dienen, die zu erteilen die Regierung sich entschlossen hat.

Unsere Kaufleute werden diese Botschaft mit einem hörbaren Seufzer der Erleichterung aufnehmen. Endlich, endlich soll der freie Handel wieder in seine natürlichen Rechte eingesetzt werden, soll er wieder zeigen können, was er zu leisten vermag, wenn alle Kräfte frei sich regen. Bis auf 20 Milliarden war unser Ausfuhrhandel vor dem Kriege gestiegen, und jetzt wissen wir nicht, ob noch eben soviele Millionen herauskommen würden, wenn wir alles zusammenrechneten, was im Jahre 1918 über unsere Grenzen gegangen ist. Die Blockade hat uns wirklich alles Blut abgezapft, ganz so wie die auf diesem Gebiete sehr sachkundigen Engländer es vorausgesagt haben. Aber nach der äußeren ist die innere Blockade gekommen: die völlige Lähmung des Geschäftseifers und des Unternehmungsgeistes durch unausgesetzte Lohnsteigerungen, Streikbewegungen und über das Ziel hinausschießende Sozialisierungsmaßnahmen, die ein zum Sterben schwacher Wirtschaftskörper unmöglich lange aushalten kann. Jetzt soll ihm von oben her eine neue Einspritzung sozusagen gegeben werden. Wird das genügen? Müssen neben den Kaufleuten und Fabrikanten nicht auch ihre Arbeiter und Angestellten wieder aktionsfähig gemacht werden, das heißt in diesem Falle: sich als dienendes Glied des Ganzen fühlen lernen, anstatt daß sie ihre Interessen und nur sie im Auge behalten, gleichviel was sonst aus dem deutschen Volke werden mag? Und darf der Staat selbst noch länger, wenn er Handel und Wandel wieder von heute auf morgen zum Erblühen bringen will, ihn mit einer Hand streicheln, mit der andern dagegen seine Kehle immer fester umklammern, bis ihm die Luft ausgeht? Muß er nicht vielmehr von diesem Zusammenhang aus betrachtet, dem ewigen Drängen der Sozialisierungsfanatiker entschlossen Halt gebieten, weil sonst immer nur noch mehr eingerissen, aber nichts wieder aufgebaut werden kann?

Das sind ernste Fragen, die auch keinen Aufschub mehr vertragen. Die Regierung allein kann uns keine Rettung bringen, alle Schichten des Volkes müssen sie unterstützen und damit eben ihre politische und wirtschaftliche Reife für die Neuordnung unseres Staatslebens beweisen, die mit dem 9. November 1918 eingeleitet worden ist. Sonst muß die Entwicklung wieder einen rückläufigen Gang einschlagen — zur Freude vor allen Dingen unserer Feinde, die nur darauf lauern, uns für immer in ihre Schuldknechtschaft pressen zu können.

Deutschlands Vernichtung.

Die wichtigsten Friedensbedingungen.

Amsterdam, 7. Mai.

Die gewöhnlich über die Absichten des Londoner Kabinetts, sowie der Alliierten-Konferenz in Paris gut unterrichtete Londoner „Times" ist in der Lage, schon heute ihren Lesern einen zehn Spalten langen Auszug aus den Friedensbedingungen mitzuteilen. Die wichtigsten Forderungen der Alliierten und Assoziierten sind danach folgende:

Beschränkung der Landstreitkräfte.

Binnen zwei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages muß die deutsche Heeresmacht auf nicht mehr als 70 000 Mann Infanterie und 30 000 Mann Kavallerie eingeschränkt sein. Die Gesamtzahl der Offiziere darf nicht mehr als 4000 betragen. Es wird nur freiwilliger Militärdienst gestattet werden. Auch die deutschen Rüstungen sollen auf das äußerste eingeschränkt werden. Alle Befestigungen 50 Meilen (rund 70 Kilometer) östlich des Rheins werden abgerüstet werden.

Vernichtung der Seemacht.

Zwei Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages dürfen die deutschen Seestreitkräfte keine U-Boote mehr enthalten. Sie dürfen dann nur noch aus sechs Schlachtschiffen, sechs leichten Kreuzern, zwölf Torpedojägern und zwölf Torpedobooten bestehen. Alle anderen Kriegsschiffe müssen entweder in die Reserve versetzt oder als Handelsschiffe umgebaut werden. Die Besatzungen dürfen nicht mehr als zusammen 15000 Mann, darunter 1500 Offiziere und Deckoffiziere zählen. Alle militärischen und maritimen Anlagen auf Helgoland müssen geschleift werden. Der Kieler Kanal muß den Handelsschiffen aller Länder, die mit Deutschland in Frieden leben, auf der Basis vollständiger Gleichheit offenstehen.

Keine Luftkampfstreitkräfte mehr!

Es wird Deutschland gestattet werden, bis zum 1. Oktober eine Höchstzahl von 100 Wasserflugzeugen zum Aufspüren von Minen zu haben. Nach diesem Datum darf Deutschland keine militärischen und maritimen Luftstreitkräfte behalten und innerhalb eines Abstandes von 150 Kilometer von der deutschen Grenze auch kein Flugzeuglager. Die in diese Zone fallenden Flugplätze müssen abgebrochen und der Boden muß umgepflügt werden.

Bestrafung der Schuldigen.

Die Alliierten beschuldigen den früheren Kaiser offen „nicht eines Vergehens gegen die Strafgesetze, sondern der ernstesten Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge". Es wird ein besonderer Gerichtshof eingesetzt werden, um gegen ihn zu verfahren. Die Personen, die der Verletzung von Kriegsgesetzen und Kriegsgebräuchen beschuldigt werden, werden vor alliierte Kriegsgerichte gebracht werden.

Schadenersatz.

Bis zur vollständigen Feststellung der Forderungen der Alliierten muß Deutschland eine Milliarde Pfund Sterling (etwa 50 Milliarden Mark) bezahlen. Ferner muß Deutschland für jeden Schaden, der Zivilpersonen der Alliierten und deren Eigentum zugefügt wurde, Vergütung bezahlen.

Gebietsabtretungen.

Elsaß-Lothringen muß an Frankreich zurückgegeben werden, das auch das Kohlenbecken im Saartal erhalten wird. Die Verwaltung des Saardistriktes wird von einer vom Völkerbund ernannten und aus fünf Personen bestehenden Kommission ausgeübt. Nach fünfzehn Jahren wird die Bevölkerung entscheiden, ob sie vom Völkerbund, von Frankreich oder von Deutschland regiert zu werden wünscht. Wenn Deutschland gewählt wird, wird es die Kohlenbergwerke zu einem noch näher zu vereinbarenden Preise von Frankreich kaufen müssen. Polen wird einen Durchgangsweg erhalten, der bis nach Danzig läuft. Diese Stadt wird zu einer freien Stadt gemacht. In Schleswig wird eine Volksabstimmung abgehalten werden.

Verzicht auf die Kolonien.

Von Deutschland wird gefordert, daß es zugunsten der fünf alliierten und assoziierten Mächte auf alle Rechte und Titel, die es bezüglich seiner überseeischen Besitzungen hat, verzichtet. Die meisten dieser Besitzungen werden kraft eines Mandates des Völkerbundes von einer der großen Kolonialmächte verwaltet werden. Deutschland verzichtet auf alle Rechte und Privilegien, die aus der Algezirasakte von 1906 und aus den französisch-deutschen Verträgen von 1900 und 1911 hinsichtlich Marokkos sich ergeben.

15 deutsche Kabel werden den Regierungen der Alliierten und Assoziierten zur Verfügung gestellt.

So also sieht — nach der „Times" — der Rechtsfrieden aus, den Wilson der Welt versprochen, zu dem sich unsere Feinde nach unserem Waffenstillstandsangebot verpflichtet haben. Die nächsten Stunden werden der Welt kundgeben, ob die ungeheuerlichen Bedingungen, die das der englischen Regierung nahestehende Organ als erstes der Welt veröffentlichen konnte, den Absichten der Männer entsprechen, die in Paris nicht nur über den Frieden mit Deutschland, sondern über das Schicksal der Welt entscheiden sollen.

*

Foch verwirft den Friedensvertrag.

In einer geheimen Vollsitzung der Friedenskonferenz, auf der Italien vertreten war, machten die Vertreter einiger Mächte Anmerkungen zu dem Friedensvertrag, doch wurden keine Vorbehalte erhoben. Foch hielt eine Rede, worin er erklärte, daß die Frankreich gewährte Sicherheit vom militärischen Standpunkt aus ungenügend sei. Nach seiner persönlichen Überzeugung sollte der Friedensvertrag nicht unterzeichnet werden. Er legte Nachdruck auf die Notwendigkeit, daß die Franzosen die Brückenköpfe am Rhein behalten.

*

14 Tage Frist!

Unterzeichnung des Friedens Anfang Juni.

Die offiziös gespeiste Pariser Presse versichert, die Deutschen hätten eine Frist von 14 Tagen, um schriftliche Bemerkungen vorzubringen, so daß man ihre Gegenvorschläge vor dem 22. Mai erwarten dürfe. Man werde den Deutschen kein Hindernis in den Weg legen, falls sie Sendboten an die Regierung nach Berlin zur Prüfung des Vertrages schicken wollten. Die Unterzeichnung des Vertrages sei zwischen dem 3. und 5. Juni zu gewärtigen.

Die Druckmittel der Entente.

Um den „Rechtsfrieden" der Entente-Raubgenossen besonders zu illustrieren, werden dem wehrlos gemachten Deutschland noch extra Daumenschrauben angelegt. So hat der Oberbefehlshaber der verbündeten Armeen alle Urlaube für die Zeit vom 5. bis 20. Mai zurückgezogen. Die Besatzungsarmee wird um 120 000 Mann verstärkt, deren Zurücknahme erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland erfolgen wird. Auch die Belgier ziehen gegenüber Düsseldorf seit einigen Tagen größere Truppenmassen zusammen.

Funkenverkehr Berlin—Versailles.

Da für die Nachrichtenübermittlung unserer Friedensdelegation von Versailles nach Berlin bloß zwei Drahtleitungen über Spaa zur Verfügung stehen, die zudem noch die meiste Zeit nicht funktionieren, ist nunmehr funkentelegraphischer Verkehr zwischen den Funkenstationen Nauen und Eiffelturm eröffnet worden. Zur Beschleunigung des Verkehrs ist die Geschäftsstelle des Auswärtigen Amts für die Friedensverhandlungen durch einen direkten Draht mit der Funkenstation Nauen und die deutsche Delegation in Versailles in derselben Weise mit dem Eiffelturm verbunden. Außerdem sind das Quartier der letzteren ebenso wie die genannte Geschäftsstelle in Berlin mit eigenen Empfangsanlagen versehen, so daß die von den fernen Großstationen kommenden Funksprüche auch direkt aufgenommen werden können.

Preußische Landesversammlung.

(19. Sitzung.) tt. Berlin, 7. Mai.

Die allgemeine Aussprache über den Etat geht heute weiter. Die aufsehenerregenden Eröffnungen in der gestrigen Rede des Zentrumsabgeordneten Schmedding werden vor Eröffnung der Sitzung noch lebhaft im Hause besprochen. Abg. Schmedding sagte, daß die dunklen Zahlen des Notetats noch nicht dunkel genug gewesen wären. In Wirklichkeit weise der Etat einen Fehlbetrag von mindestens zwei Milliarden auf, so daß sich dadurch die Staatsschuld in Preußen auf neunzehn Milliarden Mark erhöht. Äußerste Sparsamkeit und kräftiges Anziehen der Steuerschraube seien bei dieser Sachlage unvermeidlich.

Das Haus ist nur schwach besucht.

Kleine Anfragen

kommen sodann zunächst zur Erledigung. Auf Anfrage des Abg. **Paul Hoffmann** (U. Soz.) betreffend Verweigerung des Urlaubs und der Fortzahlung der Löhne für Mitglieder des Eisenbahnarbeiterrats, die an der Konferenz der Eisenbahnarbeiterräte teilnehmen wollten, erwidert ein Vertreter der Staatseisenbahnverwaltung, daß die Reichskonferenz ohne Mitwirkung der Verwaltung einberufen worden, eine Verweigerung des Urlaubs aber nicht angeordnet worden sei. Eine Berechtigung oder ein Anlaß zur Gewährung weiterer Vergünstigungen durch freie Fahrt, Fortzahlung des Lohnes und dergleichen sei umso weniger gegeben gewesen, als dadurch die andauernden großen Betriebsschwierigkeiten nur noch vergrößert worden wären. — Auf Anfrage Dr. **Rosenfeld** (U. Soz.) betreffend die Immunität der Mitglieder des Rätekongresses, insbesondere des Abg. Ledebour, erwidert Justizminister Dr. **am Zehnhoff**, daß von der Staatsregierung die Immunität der Rätekongreßmitglieder nicht anerkannt werden könne. — Eine Anfrage des Abg. **Held** (Deutsche Vp.) betreffend den Verkauf von Arznei- und Genußmitteln aus Heeresbeständen beantwortet Oberstleutnant **v. d. Berg** dahin, daß die gesamte Verwertung der Heeresbestände einer besonderen Reichsstelle im Finanzressort übertragen ist. — Abg. Frau **Arendsee** (U. Soz.) fragt an wegen des Verbotes der Zeitungen „Rote Fahne" und „Republik", sowie bezüglich der Beschlagnahme der „Republik" ohne schriftliche Verfügung. Es wird weiter gefragt, wie die Pressefreiheit gesichert und ob diese ungerechtfertigten Zeitungsverbote aufgehoben werden sollen. — Ministerialdirektor **Meißner**: Die „Rote Fahne" und die „Republik" sind von den Militärbehörden auf Grund des Belagerungszustandes verboten worden. Die Polizei war ausführendes Organ. Sache der Militärbehörden war es, darüber zu befinden, ob eine schriftliche Begründung beizufügen war. Die Staatsregierung hält das Verbot der beiden Zeitungen für gerechtfertigt. (Rufe bei den U. Soz.: Hört, hört! Pressefreiheit! — Gegenrufe von

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 9. Mai.

□ **Der Mai als Unglücksmonat.** Die Dichter besingen den Mai als den Monat der keimenden, knospenden Liebe. Der Monat der Ehe scheint er aber nicht zu sein, denn Ehen, die im Mai geschlossen werden, sind, einem alten weitverbreiteten Aberglauben nach, nicht glücklich. Diesen Aberglauben kannten schon die alten Römer. Sie feierten im Mai ihre Totensühnfeste, und es war der Glaube verbreitet, daß die umherschwärmenden Toten die jungen Ehemänner und Ehefrauen ihrer Ehehälften beraubten. Dichter und Schriftsteller, unter andern Ovid und Plutarch, erwähnen diesen Aberglauben, ohne ihn erklären zu können. Die alten Deutschen wußten von dem bösen Einfluß auf die Gestaltung der Ehen, den man dem Mai zuschrieb, nichts. Dagegen ist man noch heute in Frankreich, in gewissen Teilen Italiens, in Rumänien, in Böhmen, aber auch in Süddeutschland, überzeugt, daß der, der im Mai heiratet, sich mutwillig der Gefahr eines frühen Todes aussetzt. In Irland scheint sich die Furcht vor dem Mai besonders auf die Nacht zum 1. Mai zu richten, wie ja auch bei uns in der Walpurgisnacht die bösen Mächte am wirksamsten sein sollen. Es sei noch erwähnt, daß, dem Volksglauben zufolge, am Maiabend der böse Blick und der Anhauch der Elfen für Kinder und junge Mädchen besonders gefährlich sein sollen.

Die Verursachung von Waldbränden in strafrechtlicher Beziehung.

In der letzten Zeit mehren sich wieder, wie leider stets im Frühjahr, die Fälle von leichtsinnigen und mutwilligen Inbrandsetzungen von Waldungen in bedauerlichem Maße obwohl in den Schulen und in den Zeitungen regelmäßige Warnungen erfolgen. In den meisten Fällen sind sich die meist jugendlichen Brandstifter gar nicht klar darüber, welchen Gefahren sie sich durch ihr verderbliches Tun in strafrechtlicher Beziehung aussetzen. Schon derjenige, welcher durch Fahrlässigkeit eine Waldung in Brand setzt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 900 Mk. und, wenn durch den Brand der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Gefängnis von einem Monat bis zu 3 Jahren bestraft (§ 309 des Reichsgesetzbuches). Wer dagegen vorsätzlich eine Waldung in Brand setzt, wird wegen Brandstiftung mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft, wenn die Waldungen entweder fremdes Eigentum ist oder ihrer Beschaffenheit und Lage nach geeignet ist, das Feuer einem fremden Gebäude oder sonstigen Raum, der auch nur zeitweise zum Aufenthalt von Menschen dient, oder fremden Waldungen, Früchten auf dem Felde, Bergwerken, Magazinen, Warenvorräten, Bau- und Brennmaterialien mitzuteilen. (§ 308 des Reichsgesetzbuches). Zum Begriff der Waldung gehört nicht, daß er zur Holznutzung bestimmt ist, schon eine kleinere Holzung ist eine Waldung im Sinne des Gesetzbuches. Schon das für den Holzbestand gefährliche Anzünden eines Dornbusches oder dürren Grases genügt zur Bestrafung des Täters. Ein Waldbrand liegt auch schon dann vor, wenn der Brand noch keinen Baum, sondern nur irgend welche auf dem Waldboden wachsenden brennbaren Bodenerzeugnisse (dürres Gras!) erfaßt hat und den stehenden Bäumen gefährlich werden kann. Es ergibt sich hiernach, daß die Strafbestimmungen sehr weitgehend sind. Schon die kleinste Unachtsamkeit im Hantieren mit Streichhölzern, das Wegwerfen einer Zigarre kann einen Waldbrand verursachen. Mögen daher vor allem die Eltern durch stete Ermahnungen ihre Kinder auf die Gefahren hinweisen, die durch Achtlosigkeit entstehen können, die auch in diesem Frühjahre schon manchen Waldbrand verursacht hat.

—* **Das Schicksal der Vermißten.** In den Durchgangslagern, die die hoffentlich bald zurückkehrenden Kriegsgefangenen beim Eintreffen in der Heimat passieren müssen, erhält jeder Kriegsgefangene auf Verfügung des Kriegsministeriums eine Liste der Vermißten seines Truppenteils mit Angehörigen-Adressen. Auf Grund dieser Listen sollen die Zurückgekehrten in den Durchgangslagern Angaben über das Schicksal ihrer Kameraden machen. Jeder behält seine Liste auch beim Verlassen des Durchgangslagers, um später noch weitere Angaben machen zu können. Das Kriegsministerium hat nun diese Listen nicht vollständig aufstellen können, da teilweise die Angehörigen-Adressen fehlen und noch Truppenmeldungen ausstehen. Es muß daher die Hilfe der Angehörigen in Anspruch nehmen und bittet jeden, der bisher ohne irgend eine Nachricht über einen vermißten Heeresangehörigen ist, um Uebersendung einer einfachen Postkarte mit folgendem Inhalt: An das Zentral-Nachweis-Büro des Kriegsministeriums Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48 (nebst Angabe der Adresse des Absenders). Rückseite: Angabe des Truppenteils, der Kompagnie usw., des Dienstgrades, Namens, Vornamens, Geburtstages und Geburtsortes des Vermißten und Tag und Ort des Vermißtseins. (Deutliche Schrift ohne weitere Zusätze.) Es empfiehlt sich jeden Vermißten jetzt auf diese Weise zu melden, auch wenn er früher schon einmal nach Berlin gemeldet war.

—* Bei den örtlichen Wohlfahrtsausschüssen sind Vordrucke zu Anträgen auf Militärversorgung niedergelegt, die solchen Kriegsteilnehmern, die auf Grund früher erlittener Kriegsdienstbeschädigung nachträglich Versorgungsansprüche geltend machen wollen, zugänglich gemacht werden.

Meinerzhagen, 5. Mai [Unter den hiesigen Sozialdemokraten] ist Uneinigkeit ausgebrochen. Von den Mehrheitssozialisten ist ein Teil zu den Unabhängigen übergetreten. Nun fordern die erstern, daß die Uebergetretenen die mit ihrer Wahlhilfe erlangten Aemter niederlegen.

Esborn, 7. Mai. Kampf mit einer Räuberbande. Bei dem Landwirt Dörmann in Herbede ist heute morgen eine Räuberbande eingedrungen, hat die Frauen an die Wand gestellt und den Mann gezwungen, alles Geld herauszugeben. Die Räuber sind dann in den Bezirk nach Esborn entkommen, haben mehrere Leute mit Waffen bedroht und sind dann schließlich mit Hilfe von Bürgern aus der Gegend durch den Polizeisergeanten Römer festgenommen worden. Es haben sich wiederholt Feuergefechte mit den Räubern abgespielt. Die Räuber waren mit Armee-Revolvern bewaffnet. Einer dieser Banditen in Militäruniform könnte der Beschreibung nach mit dem Mörder von Silbersiepe identisch sein. Die Angehörigen von Silbersiepe sind schon benachrichtigt.

Iserlohn, 6. Mai [Flugzeughafen.] Hier wird ein Flugzeughafen errichtet, da unsere Stadt Station für die Flugpost Berlin—Industriebezirk werden soll.

Neuhückeswagen, 3. Mai Der Gemeinderat hierselbst hatte im März beschlossen, dem Arbeiterrat vom 1. April ab keine Gebührnisse mehr zu zahlen. Auf den Widerspruch des Arbeiterrats und auf eine Vorlage des Bürgermeisteramts hat das Ministerium des Inneren entschieden, daß nach Durchführung der Neuwahlen zu den Stadt- und Gemeindevertretungen diesen allein das Kontrollrecht der Gemeindeverwaltung zustehe und daher auch den Arbeiterräten die Gebührnisse entziehen können, wenn eine Betätigung der Arbeiterräte für überflüssig gehalten werde. Der Gemeinderat nahm in seiner gestrigen Sitzung von dieser Entscheidung Kenntnis und blieb bei seinem früheren Beschlusse, den Arbeiterrat nicht mehr zuzulassen.

Nah und Fern.

o **Schutz der Obstbäume und Feldfrüchte.** Obwohl die drückende Knappheit an Lebensmitteln die sorgsamste Pflege und Schonung aller Nähr- und Futterpflanzen erfordert, werden wieder lebhafte Klagen über Beschädigungen von Obstbäumen und Feldfrüchten laut. Die Unsitte des Abbrechens von Blütenzweigen ist geeignet, die Obsternte wesentlich zu beeinträchtigen. Durch die Entnahme der Feldblumen gehen Futtermittel verloren. Viel größer aber sind die Verluste, die der Ernte durch Zertreten der Pflanzen hierbei zugefügt werden. Jeder macht sich strafbar, der unbefugt vor beendeter Ernte über Wiesen oder bestellte Acker geht. Ein wirksamer Schutz kann aber nur erreicht werden, wenn sich die Bevölkerung selbst in den Dienst dieser guten Sache stellt. Von dem Ankaufe von Blütenzweigen oder Feldblumen ist dringend abzuraten.

o **Schnelle amerikanische Lebensmittelzufuhr.** Die amerikanischen Lebensmittelschiffe kommen jetzt in schnellerer Folge nach Hamburg und können dank der energischen Unterdrückung der Unruhen ihre Ladungen ungehindert löschen. Es sind jetzt bereits bedeutende Mengen Mehl und Getreide in Deutschland eingeführt worden, während die so notwendigen Fette, Speck, Schmalz und Fleischwaren leider immer noch auf sich warten lassen. Zwar haben einige Lebensmittelschiffe auch Speck und Schmalz gebracht, doch in verhältnismäßig so geringen Mengen, daß weite Volkskreise von der Verteilung ausgeschlossen bleiben mußten. Selbst die Städte Hamburg, Lübeck und Bremen sind leer ausgegangen.

o **Achtstundentag für Staatsbeamte.** Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung in Schwarzburg-Rudolstadt, den Achtstundentag für sämtliche Beamtenkategorien einschließlich der Lehrer an Volksschulen und höheren Lehranstalten einzuführen. Die Regierungsvorlage liegt bereits fertig vor und dürfte in Kürze dem Landtage zugehen. — Die Beamtenschaft Schwarzburg ist von dieser Mitteilung nicht gerade angenehm berührt, zumal die Besoldung der Schwarzburgischen Staatsbeamten weit hinter der anderer Bundesstaaten zurücksteht.

o **Norwegische Heringe für Danzig.** Der in Norwegen tätigen, auf Veranlassung der Regierung zu einer G. m. b. H. zusammengeschlossenen Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringsimporteure ist es nach langwierigen Verhandlungen endlich gelungen, für Rechnung der Regierung mit der norwegischen Regierung einen großen Abschluß (insgesamt 1,35 Millionen Tonnen) zu machen. Es ist bereits ein Dampfer mit etwa 9000 Faß Salzheringen für Danzig und Umgegend beladen, abgefahren, dem bald weitere Ladungen folgen dürften, so daß nunmehr wenigstens ein sehr wichtiges Nahrungsmittel in genügender Menge demnächst unserer notleidenden Bevölkerung zur Verfügung stehen wird.

o **Ein falscher Zugrevisor.** Ein Monteur Otto Haas aus Berlin-Pankow machte seit längerer Zeit Freifahrten auf der Strecke zwischen Berlin und Schneidemühl. Den Fahrgästen gegenüber erklärte er, daß er im Auftrage des Vollzugsrates ihr Gepäck zu revidieren habe. Alle Lebensmittel, die er dabei fand, beschlagnahmte er. Mit gefälschten Papieren, die auf den Vollzugsrat, den Arbeiterrat usw. ausgestellt und mit Unterschriften von Scheidemann, Molkenbuhr, Müller usw. versehen waren, wies er sich so sicher aus, daß niemand an seiner Eigenschaft zweifelte. Die beschlagnahmten Lebensmittel verkaufte Haas zu teuren Preisen in Berlin. Jetzt wurde der Schwindler auf frischer Tat ergriffen.

o **Ermordung eines früheren Reichstagsabgeordneten.** In später Stunde erschien eine vierköpfige Räuberbande in Uniform bei dem Gutsbesitzer Silbersipe in Zurstraße (Hagen i. W.) und begehrte Einlaß. Als die Tür nicht gleich geöffnet wurde, schossen die Räuber durch die Tür und verwundeten den hochbetagten Besitzer. Hierauf drangen sie in das Haus ein, ermordeten den durch mehrere Revolverschüsse verwundeten Silbersipe, stellten die um ihr Leben bangenden Frauen an die Wand und raubten darauf 500 Mark und alle Wertsachen. Der Ermordete war früher über 30 Jahre Reichstagsabgeordneter. Die Räuber sind mit ihrer Beute unbehelligt entkommen.

⊙ **Minengefahr in der Nordsee.** Der Kapitän eines in Ymuiden angekommenen Dampfers meldet, daß er während der Überfahrt von der englischen nach der niederländischen Küste nicht weniger als fünfzehn Minen passiert hat. Eine dieser Minen wurde kaum fünf Meilen von der Küste in der Nähe von Scheveningen treibend gesichtet.

⊙ **Flug von Holland nach Dänemark.** In Kopenhagen traf aus Holland ein Flugzeug ein nach einem Fluge von 900 Kilometern über die Nordsee ohne Zwischenlandung. Der Flug dauerte von morgens bis abends. Es wurde eine Friedrichshafen-Maschine benutzt.

o **Ankunft weiterer amerikanischer Lebensmittel in Hamburg.** Der englische Dampfer „Greenbatt" ist mit 2500 Tonnen Lebensmitteln, von London kommend, im Hamburger Hafen eingetroffen. Der Dampfer ist der erste englische Dampfer, der nach Kriegsausbruch nach Hamburg gekommen ist.

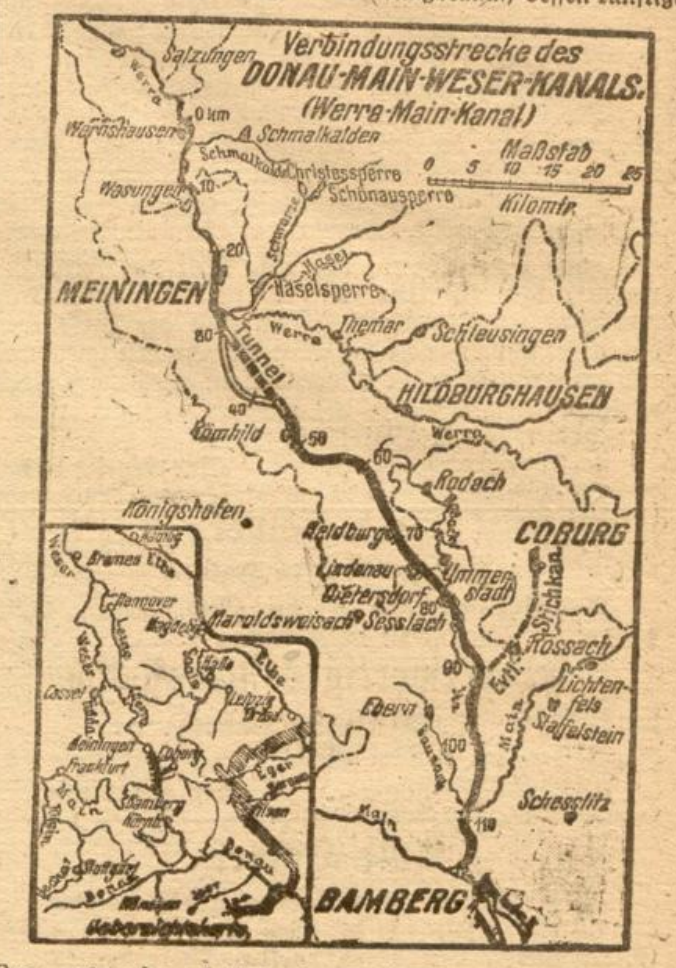
o **Clemenceau Ehrenpräsident in — Posen.** Ministerpräsident Clemenceau ist zum Ehrenmitglied des Schulverbandes Posen ernannt worden.

⊙ **Erdbeben in Mittelamerika.** Der Herd des Erdbebens, das vor einigen Tagen die Warte in Hohenheim verzeichnete, ist in Neu-Seeland gelegen. Zugleich fand in der mittelamerikanischen Republik San Salvador ein Erdbeben statt, das schweren Schaden anrichtete, der so groß ist, wie jenes im Jahre 1917. San Salvador liegt, wie die meisten mittelamerikanischen Staaten in einem stark vulkanischen Gebiet. Sowohl 1854 wie 1873 wurde die Hauptstadt dieses Freistaates von einem Erdbeben heimgesucht und fast völlig vernichtet.

Der Weser—Donau-Kanal.

Eine neue wichtige Wasserstraße.

Mit Unterstützung der Reichsregierung wird als erstes der wichtigen deutschen Kanalprojekte der Weser—Donau-Kanal jetzt zur Ausführung gelangen. Der wirtschaftlich außerordentlich wichtige Verbindungskanal, dessen künftige



Lage aus unserer beistehenden Karte hervorgeht, stellt eine direkte Verbindung von der Weser über die Werra nach dem Main, über Bamberg bis zur Donau her und ist auch im Hinblick auf die ungünstige Lage der deutschen Eisenbahnen von gesteigerter Bedeutung.

Telegramme und Drahtnachrichten.

Reichsregierung und Friedensbedingungen.

Unannehmbar!

Berlin, 7. Mai.

Von zuständiger Stelle wird als Ansicht der Reichsregierung zu dem von der „Times" gebrachten Auszug aus den Friedensbedingungen bezeichnet:

Inhalt und Wortlaut des Auszuges der „Times" dürften wohl den Tatsachen entsprechen. Die Reichsregierung wird jeden Punkt, der auf eine Vergewaltigung Deutschlands hinausläuft, unbedingt ablehnen, so z. B. die Zumutung in bezug auf Danzig und das Saarbecken. Die deutschen Bevollmächtigten seien angewiesen worden, über die unannehmbaren Punkte Verhandlungen herbeizuführen.

Aus Paris wird weiter gemeldet, daß Foch alle nötigen Vollmachten für den Fall einer Ablehnung durch Deutschland erhalten habe.

Strenge Bestrafung der oberschlesischen Aufrührer.

Beuthen O.-S. Der Staatskommissar hat die Landgerichte Beuthen und Gleiwitz auf die auf Friedensgrube und Hedwig-Wunsch-Grube vorgekommenen schweren Beamtenmißhandlungen aufmerksam gemacht und eine strenge Bestrafung der Schuldigen als im Staatsinteresse liegend bezeichnet. Desgleichen hat die Untersuchungskommission in Gleiwitz dem Staatskommissar das gesamte Untersuchungsmaterial unterbreitet. Der Staatskommissar hat zur gerichtlichen Aburteilung das Material teils der Staatsanwaltschaft in Gleiwitz, teils dem Kriegsgericht in Gleiwitz überwiesen.

Neue Verhandlungen mit Polen.

Berlin. Die Preußische Regierung hat sich dem Polnischen Obersten Volksrat gegenüber bereit erklärt, in unmittelbare Verhandlungen mit den Polen über die Frage der gegenseitigen Freigabe von Geiseln, Internierten und Gefangenen einzutreten. An den Polnischen Obersten Volksrat ist telegraphisch eine Einladung zur sofortigen Aufnahme dieser Verhandlungen ergangen.

8000 Tonnen holländisches Fleisch.

Amsterdam. Jetzt ist auch endlich die Bezahlung der 8000 Tonnen Gefrierfleisch, deren Ausfuhr nach Deutschland die Assoziierten gestattet haben, geregelt. Mit der Ausfuhr wird dieser Tage begonnen werden. Die Bezahlung geschieht in Gulden. Der Niederländische Überseetrust teilt mit, daß in Zukunft auch die Ausfuhr von Nordseeheringen nach den nicht besetzten Teilen von Deutschland und Österreich gestattet wird.

Verbot der Kohlenausfuhr nach Dänemark.

Kopenhagen. Die Entente hat bis auf weiteres die Einfuhr von Kohlen aus Deutschland verboten. Dadurch wird für die dänische Industrie eine äußerst schwierige Lage geschaffen. Dänemark führte in den letzten Monaten durchschnittlich gegen 4000 Tonnen monatlich ein, mit denen man bei der herrschenden Kohlenknappheit auch weiter gerechnet hatte.

Lloyd Georges Rückkehr nach England.

Paris. Lloyd George hat seine Rückkehr nach England bereits für den 20. Mai angekündigt, da er hofft, daß bis dahin der Friede unterzeichnet sein werde.

Schwere Bedingungen für Ungarn.

Budapest. Die Ungarn von den Rumänen gestellten Waffenstillstandsbedingungen sollen ungeheuer scharf sein. Es sei daher kein Zweifel, daß die provisorische Regierung diese Bedingungen ablehnen müsse.

Der antisemitische polnische Kriegsminister.

Warschau. Der polnische Vizekriegsminister hat einen Befehl erlassen, wonach alle Offiziere und Militärbeamte, die sich zum Judentum bekennen und nicht zur Jahresklasse 1896 bis 1901 gehören, sofort aus dem polnischen Heere zu entlassen sind.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Wie verlautet, ist der frühere Minister des Innern Preuß mit der Aufgabe der Umgestaltung der ganzen inneren Verwaltung betraut worden.

Wien. Einer Korrespondenz zufolge beabsichtigen die Sozialdemokraten und die Nationaldemokraten am Sonntag in Wien mächtige Kundgebungen für den Anschluß an Deutschland zu veranstalten.

Paris. Havas zufolge hat das rumänische Pressebureau über Wien die Bestätigung des Einmarsches der rumänischen Truppen in Budapest erhalten.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver.

Bekanntmachung.

Die Firma **Karl Falkenroth Söhne** zu **Schalksmühle** beabsichtigt in Schalksmühle, auf dem Grundstück Flur 5 Nr. 469 6 der Steuergemeinde Schalksmühle eine **Ufermauer** an der Volme zu errichten. —

Dies wird mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, etwaige Einwendungen nicht privatrechtlicher Natur binnen 14 Tagen nach Ausgabe dieses Blattes bei dem Unterzeichneten schriftlich in zwei Ausfertigungen oder zu Protokoll anzubringen; nach Ablauf der Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Die Beschreibungen, Zeichnungen und Pläne liegen bis zum Ablauf der Frist im hiesigen Amtshause, Zimmer Nr. 8 innerhalb der Dienststunden zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird Termin vor dem Unterzeichneten

auf Sonnabend, den 24. Mai ds. Jrs. vormittags 10 Uhr im Amtshause Zimmer 8 mit dem Bemerken anberaumt, daß im Fall des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen wird vorgegangen werden.

Halver, den 5. Mai 1919.

Der Amtmann.

Amt Halver.

Fleischverkauf in Halver.

Am **Freitag, den 9. ds. Mts.** nachm. 2 Uhr gelangt bei Wirt Böhle im Eichholz

minderwertiges Rindfleisch

zum Verkauf. Fleischkarte ist vorzulegen. —

Halver, den 8. Mai 1919.

Der Amtmann.

Amt Halver.

Ware Nr. 4 des Lebensmittel-Ausweises.

Abgabe erfolgt in der Zeit vom 10. bis einschl. 16. ds. Mts. auf **gelbe** Warenkarte Nr. 58
grüne „ „ 49
rote „ „ 39

nach folgendem Plane:

a) Gemeinde Halver

Lebensmittel-Ausweis-Nr.	Verkaufsstelle.
1—336	Konsumverein Halver, Kronprinzenstraße.
337—530	Konsumverein Halver, Berlinerstraße.
531—640	Konsumverein Halver, Mühlenstraße.
641—800 u. 1501—1760	Karl Isenburg, Halver
1761—2200	Ww. Karl Junker, Halver
2201—2400	C. Goes, Schwenke.
801—900	Konsumverein Oberbrügge.
901—1060	Wilh. Alberts, Ehringhausen.
1061—1200	Ww. Otto Hager, Ehringhausen.
1201—1500	Konsumverein Oeckinghausen

b) Gemeinde Schalksmühle

1—264	Konsumverein Schalksmühle
265—401	Gustav Krampe Schalksmühle.
402—600	Ww. Charl. Kettling, Schalksmühle.

Abgabe erfolgt nur gegen Vorlage des Lebensmittel-Ausweises und Abgabe der oben bezeichneten Warenkarten. Jeder Empfangsberechtigte erhält den auf ihn entfallenden Warenanteil den er innerhalb der festgesetzten Verkaufstage zu beliebiger Zeit entnehmen kann. Gedränge in den Verkaufsstellen ist darum sinnlos.

Halver, den 7. Mai 1919. **Der Amtmann.**

Amt Halver. Zentrifugenöl.

Bestellungen auf Zentrifugenöl werden bis zum **10. ds. Mts.** im Amtshause Zimmer Nr. 9 entgegengenommen.

Halver, den 5. Mai 1919.

Der Amtmann.

Amt Halver.

Verkauf von Kunsthonig und Gries.

In dieser Woche werden die bisher im Gebrauch befindlichen Lebensmittelausweise eingezogen und dafür neue ausgegeben.

Um Irtümer zu vermeiden, gebe ich bekannt, daß für die am Freitag bezw. Samstag dieser Woche beginnenden Verkäufe von Kunsthonig und Gries noch die bisherigen Lebensmittelausweis-Nummern Gültigkeit haben.

Die späteren Verteilungen geschehen auf Grund der neuen Lebensmittel-Ausweise.

Halver, den 8. Mai 1919. **Der Amtmann.**

Amt Lüdenscheid. Lebensmittelverkauf.

Wibbelbohnen.

Warenkarte: grüne Nr. 1, rote Nr. 1, Kopfmenge je: 500 Gramm, Verkaufszeit pro Kopfmenge 3,65 Mk. Verkaufszeit bis 17. 5. 19.

Als passendes **Geschenk** für Kinder empfehle

Taschen-Kinoscop

mit 50 Orginalaufnahmen

das Entzücken der Jugend

Verkaufspreis 4,— Mk.

Wilh. Bell jr., Halver.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Schutzpocken-Impfung für das Amt Lüdenscheid findet wie folgt statt:

Am	26.	Mai	1919	nachm.	1,20	Uhr	in der Schule zu	Schafsbrücke,	am	2.	Juni	nachm.	1,20 Uhr Revision daselbst.
„	26.	„	„	„	1,40	„	„ „ „	Oberrahmede,	„	2.	„	„	1,40 „ „ „
„	26.	„	„	„	2,20	„	„ „ „	Römerweg	„	2.	„	„	2,20 „ „ „
„	26.	„	„	„	2,45	„	„ „ „	zum Hohle,	„	2.	„	„	2,45 „ „ „
„	26.	„	„	„	3,20	„	„ „ „	Mühlenrahmede	„	2.	„	„	3,20 „ „ „
„	7.	April	„	„	3,50	„	„ „ „	Rosmart	„	14.	April	„	3,15 „ „ „
„	7.	„	„	„	4	„	„ „ „	Mühlenbach	„	14.	„	„	4 „ „ „
„	5.	Mai	„	„	2½	„	„ „ „	Peddensiepen	„	12.	Mai	„	2½ „ „ „
„	5.	„	„	„	3½	„	„ „ „	Bierbaum	„	12.	„	„	3½ „ „ „
„	6.	„	„	„	2½	„	„ „ „	Augustenthal	„	13.	„	„	2½ „ „ „
„	6.	„	„	„	3½	„	„ „ „	Calve	„	13.	„	„	3½ „ „ „
„	8.	„	„	„	2½	„	„ „ „	Brüninghausen	„	15.	„	„	2½ „ „ „
„	8.	„	„	„	3½	„	„ „ „	Spielwigge	„	15.	„	„	3½ „ „ „
„	30.	Juni	„	vorm.	8,10	„	„ „ „	Lösenbach	„	7.	Juli	vorm.	8.10 „ „ „
„	30.	„	„	„	8.45	„	„ „ „	Felde	„	7.	„	„	8.45 „ „ „
„	30.	„	„	„	9.30	„	„ „ „	Winkhausen	„	7.	„	„	9.30 „ „ „
„	30.	„	„	„	10.30	„	„ „ „	Ahelle	„	7.	„	„	10.30 „ „ „
„	30.	„	„	„	11.00	„	„ „ „	Wesselberg	„	7.	„	„	11.00 „ „ „
„	26.	Mai	„	nachm.	2	„	„ „ „	Dahlerbrück	„	2.	Juni	nachm.	2 „ „ „
„	27.	„	„	„	2½	„	„ „ „	Linscheid	„	3.	„	„	2½ „ „ „
„	28.	„	„	„	2	„	„ „ „	Spormecke	„	4.	„	„	2 „ „ „
„	28.	„	„	„	3½	„	„ „ „	Winkeln	„	4.	„	„	3 „ „ „

Zu den Terminen haben sowohl die Erstlinge als auch die Wiederimpflinge zu erscheinen. Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren Kinder und Pflegebefohlene ohne gesetzlichen Grund der Impfung bezw. Revision entzogen werden, werden gemäß § 14 des Impfgesetzes mit Geldstrafe bis zu 50 Mk. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Lüdenscheid, den 2. April 1919.

Der Amtmann.

Wir stellen Arbeiter ein

Cramer & Buchholz, Rönsahl.

Toilette-Artikel

halten Sie in grosser Auswahl vorrätig

Haarschmuck

grosse und kleine Spangen, Kronenkämme, Nackenkämme, Seitenkämme, Pfeile.

Haarnetze (Haubennetze)

Haarnadel, gewellt, gebogene und gerade, Lockennadel, Libellen, Sicherheitsnadel, u. s. w Frisierkämme, Staubkämme, Taschenkämme, Necessaire, Zahnbürsten, Haarbürsten, Kleiderbürsten, Hutbürsten, Kragenknöpfe, Manschettenknöpfe, Colliers, Broschen, Halsketten, Fingerringe für Kinder und Erwachsene u. s. w.

Uhrketten

in Nickel und echt schwarz Stahloxyd.

Wilh. Bell jr., Halver.

Amt Halver.

Bekämpfung des Wohnungsmangels.

Im Amtsbezirk Halver macht sich ein Mangel an Kleinwohnungen in stärkerem Maße fühlbar. — Diesem Mangel zu begegnen wird gemäß der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 u. a. beabsichtigt, von Wohnungen, die im Verhältnis zur Zahl der Bewohner übergroß erscheinen, solche für die Bewohner entbehrliche Teile abzutrennen und für den allgemeinen Wohnungsbedarf in Anspruch zu nehmen, die ohne erhebliche bauliche Aenderungen zur Verwendung als räumlich und wirtschaftlich selbständige Wohnungen herzurichten sind.

Die erforderliche Zustimmung des Herrn Staatskommissars für das Wohnungswesen ist bereits beantragt. Sie wird voraussichtlich erteilt werden

Indem ich die Besitzer größerer Wohnungen auf die darnach in Aussicht stehende Maßnahme hinweise, gebe ich ihnen zur baldigen Entschließung anheim, schon jetzt verfügbare Wohnungsteile im Sinne der Maßnahme entweder bei dem amtlichen Wohnungsnachweis im Amtshause zur Vermietungs-Vermittelung anzumelden oder unmittelbar an einheimische Wohnungssuchende abzugeben. Ist erst die die Maßnahme regelnde Anordnung in Kraft getreten, so werden die Wohnungen lediglich nach dem Ermessen der zuständigen Wohnungskommission im Rahmen des Bedürfnisses in Anspruch genommen werden.

Halver, den 22. April 1919.

Der Amtmann.

Geschäftsbogen
Mitteilungen
Postkarten

Allgemeiner Anzeiger
Buchdruckerei
Halver i. W. Fernruf 42.

Bauern- u. Landarbeiterrat Halver.

Sonntag, den 11. Mai nachm. 4 Uhr

Vollversammlung

im „Posthaus".

Der Vorstand.

Ortsgruppe Halver

des Verbandes wirtsch. Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das deutsche Reich e. V. (Sitz Essen)

Zu der am **Sonntag, den 11. ds. Mts. nachm. 3 Uhr** im Posthause stattfindenden

Besprechung:

„Die wirtschaftliche Lage der Kriegerwitwen und ihrer Ausbesserung" werden hiermit alle Kriegerwitwen und Kriegshinterbliebenen freundlichst eingeladen.

Anschließend nachm. 5 Uhr

Mitglieder versammlung

der Ortsgruppe d. Kriegsbeschäd

Die äußerst wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kameraden.

J. A. **Der Vorstand.**

T.-V.-Oeckinghausen.

Versammlung.

Samstag d. 10. Mai abends 8 Uhr im Vereinslokale.

Tagesordnung.

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht über den Gauturntag.
3. Ausflug.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Morgenmädchen

gesucht.

Von wem sagt die Geschäfsst. des „Allg. Anz. Halver".

Zum sofortigen Eintritt ein **jüngeres**

Mädchen

gesucht.

Ww. Aug. Lumberg,
Oeckinghausen.

Suche zum sofortigen Eintritt **für meinen Haushalt von 3 Personen** ein junges von 14—16 Jahren

Mädchen

welches sich im Haushalt und Nähen ausbilden kann.

Frau Wilh. Wiebusch,
Lüdenscheid, Bahhofstraße 86.

Ordentliche

Mädchen

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Radium Elek.-Ges.,
Wipperfürth.

Evangel. Gemeinde Halver.

Sonntag, 11. Mai 1919.

Vorm. 9½ Uhr: hl. Abendm. Pastor Dresbach.

Vorm. 10½ Uhr: Predigt Pastor Dr. Große-Dresselhaus.

Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst.

Donnerstag abend 8½ Uhr: Kirchlicher Posaunenchor.

Freitag abend 8 Uhr: Vorbereitung zum Kindergottesdienst.

Evangel. Vereinshaus Halver

Sonntag, den 11. Mai

Nachm. 1½ Uhr: Sonntagsschule.

Nachm. 4 Uhr: Bibelstunde.

Nachm. 5½ Uhr: Jungfrauen-Verein, Bibelbesprechung.

Montag, den 12. Mai abends 8¾ Uhr, u. Dienstag, den 13. Mai, abends 8¾ Uhr: Prediger Pampus.

Samstag abend 8¾ Uhr: Allianz-Gebetstunde.

Selbstversorger,

deren Mahlkarte auf mich ausgestellt ist, werden gebeten, den getrockneten Hafer bis Dienstag, den 13. Mai an meiner Mühle in Halver abzuliefern.

Alb. Herdepe, Halver.

Frachtbriefe
Eilfrachtbriefe
Vorschriftsmäßige
Anhänger
für Frachtgut und Eilgut hat stets auf Lager
Wilh. Bell jr., Halver.

Ein zuverlässiges



Pferd

in allem Geschirr gehend, brauner Wallach 8—9 Jahre, mittelschwer, steht zu verkaufen bei Landwirt

Joh. Frantz
Hasendenn, bei Meinerzhagen.

Sämtliche

Zeitschriften und Bücher

liefert zu **Verlegerpreisen** die Buchhandlung

Wilh. Bell jr., Halver.

Samstag früh, den 10. Mai erhalte ich



Schweine.

A. Kerspe, Halver.

Am Freitag d. 9. 5. u. Samstag, bin ich mit einer groß. Ausw. Ferkel u. Läufer an meiner Wohnung anwesend, wozu ich Käufer freundl. einlade.



Carl Verfuß, Marienheide,